

409981-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Projektsteuerungsleistungen für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes in der VG Rhein-Selz

OJ S 113/2026 15/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Rhein-Selz

E-Mail: vergabestelle@vg-rhein-selz.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Projektsteuerungsleistungen für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes in der VG Rhein-Selz

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabe sind Projektsteuerungsleistungen für die Vorbereitung, Strukturierung, Koordination und Begleitung des Neubaus eines Verwaltungsgebäudes der Verbandsgemeinde Rhein-Selz. Die Leistungen orientieren sich an den Handlungsbereichen und Projektstufen des AHO-Heftes Nr. 9, Ausgabe 2025. Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Zunächst wird nur die Leistungsstufe I verbindlich beauftragt. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht. Das Vorhaben befindet sich in einer frühen Projektphase. Wesentliche Projektgrundlagen, insbesondere die abschließende Standortentscheidung, die Grundstücksverfügbarkeit, die planungsrechtlichen Voraussetzungen, der Umfang der späteren Variantenplanung, die konkrete Förderfähigkeit einzelner Umsetzungsvarianten sowie der weitere Termin- und Kostenrahmen stehen noch nicht abschließend fest. Die Projektsteuerung soll die Auftraggeberin bei der Wahrnehmung ihrer Bauherrenaufgaben unterstützen. Sie soll insbesondere Projektstrukturen schaffen, Abhängigkeiten transparent machen, Entscheidungsprozesse vorbereiten, Projektbeteiligte koordinieren und die Einhaltung der wesentlichen Ziele im Hinblick auf Qualität, Kosten, Termine, Förderung und Vergabe unterstützen. Die näheren Anforderungen ergeben sich aus der als Anlage A beigefügten Leistungsbeschreibung sowie aus dem Projektsteuerungsvertrag. Die Leistungen orientieren sich an den typischen Handlungsbereichen der Projektsteuerung, insbesondere: • Organisation, Information, Koordination und Dokumentation, • Qualitäten und Quantitäten, • Kosten und Finanzierung, • Termine, Kapazitäten und Logistik, • Verträge und Versicherungen. Die Projektsteuerung soll den Auftraggeber bei der Wahrnehmung seiner Bauherrenaufgaben unterstützen. Sie soll insbesondere Strukturen schaffen, Abhängigkeiten transparent machen, Entscheidungsprozesse vorbereiten, Projektbeteiligte koordinieren und die Einhaltung der wesentlichen Ziele im Hinblick auf Qualität, Kosten, Termine, Förderung und Vergabe unterstützen. Zum Leistungsgegenstand gehören insbesondere: • Sichtung, Ordnung und Auswertung der vorhandenen Projektunterlagen, • Aufbau einer Projektorganisation mit Rollen, Zuständigkeiten und Entscheidungswegen, • Erstellung und

Fortschreibung eines Projektstrukturplans, • Erstellung und Fortschreibung eines Termin- und Meilensteinplans, • Aufbau eines Berichts-, Besprechungs- und Dokumentationswesens, • Einrichtung eines Entscheidungs- und Aufgabencontrollings, • Aufbau und Fortschreibung eines Risikomanagements, • Unterstützung bei der Standort- und Variantenbewertung, • Vorbereitung von Entscheidungsunterlagen für Verwaltung und Gremien, • Unterstützung bei der Vorbereitung der Vergabe der Objektplanung, • Mitwirkung bei der Strukturierung der Leistungsbeschreibung für die Objektplanung, • Koordination der Anforderungen an die spätere Variantenplanung bis Leistungsphase 3, • Unterstützung bei Abstimmungen mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD), der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz (ADD) sowie gegebenenfalls weiteren einzubindenden Prüf-, Aufsichts- oder Kontrollstellen, • Plausibilisierung von Termin-, Kosten- und Unterlagenständen, • fortlaufende Berichterstattung an den Auftraggeber. Die Projektsteuerung erbringt keine Objektplanung im Sinne der HOAI und keine Fachplanung. Sie übernimmt auch keine Rechtsberatung, keine Fördermittelbewilligung, keine Bauleitplanung und keine hoheitlichen Entscheidungen. Soweit rechtliche, förderrechtliche, steuerliche oder grundstücksbezogene Spezialfragen zu klären sind, unterstützt die Projektsteuerung den Auftraggeber bei der Koordination der hierfür zuständigen Stellen und Berater.

Kennung des Verfahrens: 234e363c-f7be-4b64-b7c8-8e37bc858637

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oppenheim

Land, Gliederung (NUTS): Mainz-Bingen (DEB3J)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: §§ 123, 124 GWB

Betrug: §§ 123, 124 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: §§ 123, 124 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: §§ 123, 124 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: §§ 123, 124 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: §§ 123, 124 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: §§ 123, 124 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: §§ 123, 124 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: §§ 123, 124 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: §§ 123, 124 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: §§ 123, 124 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: §§ 123, 124 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: §§ 123, 124 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: §§ 123, 124 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: §§ 123, 124 GWB
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: §§ 123, 124 GWB
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: §§ 123, 124 GWB
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: §§ 123, 124 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: §§ 123, 124 GWB
Zahlungsunfähigkeit: §§ 123, 124 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: §§ 123, 124 GWB
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: §§ 123, 124 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Projektsteuerungsleistungen für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes der Verbandsgemeinde Rhein-Selz

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabe sind Projektsteuerungsleistungen für die Vorbereitung, Strukturierung, Koordination und Begleitung des Neubaus eines Verwaltungsgebäudes der Verbandsgemeinde Rhein-Selz. Die Leistungen orientieren sich an den Handlungsbereichen und Projektstufen des AHO-Heftes Nr. 9, Ausgabe 2025. Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Zunächst wird nur die Leistungsstufe I verbindliche beauftragt. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht. Das Vorhaben befindet sich in einer frühen Projektphase. Wesentliche Projektgrundlagen, insbesondere die abschließende Standortentscheidung, die Grundstücksverfügbarkeiten, die planungsrechtliche Voraussetzungen, der Umfang der späteren Variantenplanung, die konkrete Förderfähigkeit einzelner Umsetzungsvarianten sowie der weitere Termin- und Kostenrahmen stehen noch nicht abschließend fest.
Interne Kennung: LOT-0001 E92135137

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Zunächst wird nur die Leistungsstufe I verbindlich beauftragt. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oppenheim

Postleitzahl: 55276

Land, Gliederung (NUTS): Mainz-Bingen (DEB3J)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zum Nachweis für die Erlaubnis zur

Berufsausübung: Eigenerklärung zur Eintragung in das Handelsregister. Auf gesondertes

Verlangen der Vergabestelle, insbesondere falls das Angebot in die engere Wahl kommt, ist

zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung die folgenden Unterlagen vorlegen: Bestätigung aus dem Berufs- oder Handelsregister (oder vergleichbarer Nachweis des Herkunftslandes).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Mindestanforderung: Mindestens nachzuweisen ist ein durchschnittlicher Jahresumsatz mit vergleichbaren Leistungen von mindestens 2,0 Mio. Euro netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Vergleichbar sind

Projektsteuerungsleistungen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über eine bestehende

Berufshaftpflichtversicherung. Alternativ kann eine Erklärung abgegeben werden, dass eine den nachfolgend benannten Anforderungen entsprechende Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall für das Projekt abgeschlossen wird. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, insbesondere falls das Angebot in die engere Wahl kommt, sind zur Bestätigung der Erklärung die folgenden Unterlagen vorlegen: Bestätigung des Versicherungsgebers über eine bestehende Berufshaftpflicht mit entsprechenden Deckungssummen bzw. Erklärung des Versicherungsgebers, dass eine solche Versicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird.

Mindestanforderung: Mindestdeckungssumme von 5 Mio. EUR je Schadensfall für

Personenschäden sowie 5 Mio. EUR für sonstige Schäden, wobei der Betrag je

Versicherungsjahr und Fall zweifach maximiert sein muss. Eine projektbezogene Aufstockung der bestehenden Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall wird akzeptiert. In diesem Fall

ist eine Erklärung des abzugeben, dass eine den Mindeststandards entsprechende

Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall für das Projekt abgeschlossen wird.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es müssen mindestens drei mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzen vorgelegt werden. Als vergleichbar gilt eine Referenz, wenn sie die folgenden Anforderungen erfüllt: – Inhalt des Referenzprojektes ist die Begleitung des Neubaus oder die umfassende Sanierung von kommunalen Hochbauprojekten Verwaltungsgebäude oder vergleichbare Gebäude für öffentliche Auftraggeber als Projektsteuerer. – Die Projektsteuerung muss während des gesamten Projekts, nicht nur bezogen auf Abschnitte oder Zeiträume, ausgeübt worden sein und mindestens die Leistungsstufen I – V nach dem Leistungsbild Projektsteuerung, AHO-Heft 9 2020 (jetzt 2025) umfasst haben. – Mindestens eine dieser Referenzen muss die Begleitung und Beratung des Auftraggebers in bauplanungsrechtlichen Fragen beinhalten. – Das Projekt wurde nach dem 01.01.2020 abgeschlossen. Ein Projekt gilt als abgeschlossen, wenn Leistungsstufe IV bis zum Ende der Teilnahmefrist abgeschlossen wurde. – Es sind möglichst viele Referenzen vorzulegen, da gemäß Ziffer 5.1.9 der EU-Bekanntmachung anhand des Kriteriums technische und berufliche Leistungsfähigkeit – Anzahl der Referenzen die Auswahl der Bewerber, die zum Angebot aufgefordert werden sollen, getroffen wird.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es müssen von 2023 bis zum Ende der Teilnahmefrist mindestens 3 erfahrene Projektsteuerer, davon mindestens 1 Architekt*in mit entsprechendem Kammernachweis dem Unternehmen angehören. Von den Projektsteuerern muss mindestens ein Mitarbeiter über mindestens zehn Jahre, die Übrigen über mindestens fünf Jahren Berufserfahrung im Bereich Projektsteuerung verfügen. Als Architekt zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen oder nach den EU-Richtlinien, insbesondere den Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome bzw. Bachelor und Master berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Mit dem Teilnahmeantrag ist eine entsprechende Befugnis der hier benannten Beschäftigten nachzuweisen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E92135137>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E92135137>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 13/07/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung erfolgt gemäß § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen § 134 GWB: Nach § 160 GWB gelten nachfolgende Vorgaben und Fristen für Rechtsbehelfe: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung die Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Rhein-Selz
Registrierungsnummer: Leitweg-ID 073395007000-001-86
Postanschrift: Sant' Ambrogio-Ring 33
Stadt: Oppenheim
Postleitzahl: 55276
Land, Gliederung (NUTS): Mainz-Bingen (DEB3J)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@vg-rhein-selz.de
Telefon: +49 61334901-217
Internetadresse: <https://www.vg-rhein-selz.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Registrierungsnummer: Leitweg-ID: 07-0001801100000-05
Postanschrift: Stiftsstraße 9
Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land, Gliederung (NUTS): Mainz-Bingen (DEB3J)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Telefon: +49613116-2234
Fax: +49613116-2113
Internetadresse: <https://mwwlw.rlp.de/ministerium/zugeordnete-institutionen-1/vergabekammer>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e3e0317f-0197-4130-a396-0ebd1f667ceb - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/06/2026 20:08:57 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 409981-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 113/2026
Datum der Veröffentlichung: 15/06/2026